

Der Open-Access-Publikationsserver der ZBW – Leibniz-Informationzentrum Wirtschaft
The Open Access Publication Server of the ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Buch, Claudia M.; Heinrich, Ralph P.; Spinanger, Dean; Engerer, Hella; Lodahl, Maria; Schrettl, Wolfram; Schrooten, Mechthild; Gabrisch, Hubert; Sigmund, Peter

Research Report

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Weitere Restauration der Planwirtschaft. Dreizehnter Bericht

Kieler Diskussionsbeiträge, No. 327

Provided in cooperation with:

Institut für Weltwirtschaft (IfW)

Suggested citation: Buch, Claudia M.; Heinrich, Ralph P.; Spinanger, Dean; Engerer, Hella; Lodahl, Maria; Schrettl, Wolfram; Schrooten, Mechthild; Gabrisch, Hubert; Sigmund, Peter (1998) : Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Weitere Restauration der Planwirtschaft. Dreizehnter Bericht, Kieler Diskussionsbeiträge, No. 327, <http://hdl.handle.net/10419/1039>

Nutzungsbedingungen:

Die ZBW räumt Ihnen als Nutzerin/Nutzer das unentgeltliche, räumlich unbeschränkte und zeitlich auf die Dauer des Schutzrechts beschränkte einfache Recht ein, das ausgewählte Werk im Rahmen der unter

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen> nachzulesenden vollständigen Nutzungsbedingungen zu vervielfältigen, mit denen die Nutzerin/der Nutzer sich durch die erste Nutzung einverstanden erklärt.

Terms of use:

The ZBW grants you, the user, the non-exclusive right to use the selected work free of charge, territorially unrestricted and within the time limit of the term of the property rights according to the terms specified at

→ <http://www.econstor.eu/dspace/Nutzungsbedingungen>
By the first use of the selected work the user agrees and declares to comply with these terms of use.

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

K I E L D I S C U S S I O N P A P E R S

327

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin

Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

Institut für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel

Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus

Weitere Restauration der Planwirtschaft

864027

Inhalt

I	Gesamtwirtschaftliche Entwicklung	3
II	Sektorale Produktion	4
III	Preise	5
IV	Arbeitsmarkt	6
V	Einkommen der privaten Haushalte	8
VI	Öffentliche Haushalte	10
VII	Geldpolitik	12
VIII	Wechselkurspolitik	15
IX	Außenwirtschaft	16
X	Ordnungspolitik	19
XI	Zusammenfassung	21
	Literaturverzeichnis	23

Dieser 13. Bericht über die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus wurde am 16. Oktober 1998 abgeschlossen. Vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel haben Claudia M. Buch, Ralph P. Heinrich und Dean Spinanger mitgewirkt, vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Hella Engerer, Maria Lodahl, Wolfram Schrettel und Mechthild Schrooten und vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle Hubert Gabrisch und Peter Sigmund. Der Bericht wird auch im DIW-Wochenbericht 45/98 und in der IWH-Forschungsreihe veröffentlicht.

I Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nach offiziellen Angaben¹ weist die Volkswirtschaft der Republik Belarus eine außerordentlich positive Entwicklung auf, die in Teilen geradezu phantastische Züge annimmt. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wächst nicht nur, es wächst sogar immer schneller. Im Zeitraum Januar bis Juli 1998 lag das BIP real um 12 vH über dem der entsprechenden Vorjahresperiode (1997: 10 vH) (Tabelle 1). Demnach hätte sich das Land zu einem Wachstumsspitzenreiter sowohl in Europa als auch im Weltmaßstab entwickelt.

Der Einzelhandelsumsatz lag in der Beobachtungsperiode um 41 vH über dem des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Setzt sich diese Entwicklung im weiteren Verlauf dieses Jahres fort, so würde dies bedeuten, daß der Einzelhandelsumsatz in den letzten drei Jahren real um über 120 vH zugenommen hat. Die Zu-

wachsrates bei Nahrungsmitteln betrug 32 vH, bei dauerhaften Konsumgütern sogar über 50 vH. Die (entgeltlichen) Dienstleistungen für private Haushalte expandierten real um 15 vH. Insgesamt müßte demnach der private Verbrauch real um über ein Drittel zugenommen haben.

Die Entwicklung der Investitionstätigkeit steht der Entwicklung des privaten Verbrauchs kaum nach. Die reale Zuwachsrates betrug fast 30 vH (1997: 20 vH) (Tabelle 2). Auch hier ist also eine Beschleunigung zu verzeichnen; die realen Wachstumsraten der Investitionen lagen in praktisch allen wirtschaftlichen Bereichen im zweistelligen Bereich, bei den Investitionen in der Bauwirtschaft sogar über 90 vH.

Da der Anteil der Staatsausgaben am BIP kräftig gestiegen ist (Tabelle 9), scheint auch der Staatsverbrauch zum Wachstum beigetragen zu haben. Von den Lagerinvestitionen ist nach den verfügbaren Informationen kein Wachstumsimpuls ausgegangen. Das Leistungsbilanzdefizit nahm weiter zu und entsprach in der Beobach-

Tabelle 1: Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren 1990–1998 (Veränderungen gegenüber Vorjahr bzw. Anteile in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 ^a
Bruttoinlandsprodukt ^b	.	-1	-10	-8	-13	-10	3	10	12,0
Industrieproduktion ^b	2,1	-1,0	-9,4	-10,0	-17,1	-11,7	3,5	17,6	12,5
Agrarproduktion ^b	-7,8	-8,0	-16,9	-4,0	-15,8	-11,7	1,1	2,9	6,2
Bruttoanlageinvestitionen ^b	9	4	-29	-15	-11	-31	-5	20	28,0
Gütertransportvolumen ^c	-3	-6	-25	-30	-36	-26	-19	7	9,7
Beschäftigte	1	-3	-3	-1	-3	-6	-1	0	1,3
Einzelhandelsumsatz ^b	15	-8	-22	-14	-10	-23	31	20	41,0
Nominale Geldeinkommen pro Kopf	18	94	754	1 393	2 008	497	73	83 ^d	76 ^d
Nominallöhne	16	101	838	1 107	1 504	669	61	88	96
Reallöhne	14	4	-12	-7	-31	-5	5	15	35,9
Verbraucherpreise									
Jahresdurchschnitt	5	94	971	1 190	2 221	709	53	64	44,4
Dezember zu Dezember	.	.	.	1 997	1 960	244	39	63	25,3 ^e
Industrielle Erzeugerpreise									
Jahresdurchschnitt	.	165	531	1 787	1 916	499	32	89	44,3
Dezember zu Dezember	.	238	4091	3 868	1 857	140	29	90	26,3 ^e
Arbeitslosenquote am Periodenende	.	0,1	0,5	1,4	2,1	2,7	3,9	2,8	2,3

^aJanuar bis Juli. — ^bReal. — ^cAuf Tonnen-Basis. — ^dJanuar bis Juni. — ^eJuli 1998 gegenüber Dezember 1997.

Quelle: Minstat (1997a: 169; 1998b).

¹ Soweit nicht anders vermerkt, wurden die Zahlenangaben dieses Berichts den Veröffentlichungen des Ministeriums für Statistik der Republik Belarus entnommen.

Tabelle 2: Investitionsentwicklung in konstanten Preisen 1990–1998 (Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 ^a
Investitionen insgesamt	9	4	-29	-15	-11	-31	-5	20	28 ^b
<i>Produzierender Bereich</i>	5	4	-40	-13	-10	-29	2	14	26 ^b
Industrie	2	6	-29	-11	12	-36	0	19	32
Landwirtschaft	8	-5	-51	-31	-46	-34	-16	1	21
Bauwirtschaft	2	27	-54	-12	-20	-47	-32	23	92
Verkehr	3	39	-27	7	-24	0	0	23	24
Nachrichtenwesen	0	-17	-58	37	-5	100	81	-20	1
Handel und Gaststätten	12	-8	-43	-3	81	-62	19	15	36
Materialversorgung und Absatz	38	27	-38	48	-24	-15	27	71	19
<i>Nichtproduzierender Bereich</i>	16	4	-7	-16	-12	-33	-14	29	30 ^b
Wohnungsbau	13	10	-11	-19	-10	-44	-5	42	23
Kommunalwirtschaft	20	18	-1	-8	-27	-19	-12	8	53
Gesundheitswesen, Sport, soziale Sicherung	8	27	23	-22	-12	-16	-30	28	29
Bildungswesen	-9	-3	-4	-12	-13	-58	-1	26	52
Kultur und Kunst	-6	6	-37	-13	-25	-29	-24	21	104
Wissenschaft	6	-41	-65	-15	-24	-23	-65	150	66
Finanzsektor, Banken, Versicherungen					138	28	-41	-27	1

^aJanuar bis Juni. — ^bJanuar bis Juli.

Quelle: Minstat (1996: 159, 164 f.; 1997d: 162, 166; 1998b: 146, 151).

tungsperiode einem Anteil von deutlich über 10 vH des BIP.

Die Ermittlung des BIP über die Verwendung der Einkommen ist in hohem Maße zweifelhaft. Die Erklärungslücke zwischen der angegebenen BIP-Wachstumsrate von 12 vH und der Summe der gewichteten Verwendungsaggregate beträgt etwa 20 Prozentpunkte. Ein Grund könnte darin bestehen, daß die offiziellen Daten zur Entwicklung der Verbraucher- und Erzeugerpreise die wahre Preisentwicklung nur unzulänglich wiedergeben und daher die aus den nominalen Zahlen errechnete reale Entwicklung überzeichnet wird. Zu beachten ist, daß bei diesen Überlegungen die angegebene Wachstumsrate des BIP immer noch als zutreffend unterstellt wird. Auch sie könnte aber zu hoch ausgewiesen sein, was allerdings aus den verfügbaren Daten nicht eindeutig zu belegen ist.

II Sektorale Produktion

Die Entstehungsseite des BIP zeigt ein Wachstum der industriellen Bruttoproduktion (12,5 vH), das in etwa dem des BIP entspricht

(Tabelle 3). Die Produktion in den einzelnen Industriezweigen entwickelte sich nahezu durchgängig mit zweistelligen Zuwachsraten in Größenordnungen von etwa 10 bis 25 vH. Nur in der Brennstoffindustrie und in der Elektrizitätswirtschaft waren eine Stagnation bzw. ein Rückgang zu verzeichnen.

Besonders zu erwähnen ist — auch wegen ihres Anteils an den Ausfuhren — die Eisen- und Stahlindustrie. Sie wies die höchste Wachstumsrate auf (26 vH) und ist damit auch mittelfristig der Wachstumsspitzenreiter: Bei Fortsetzung des derzeitigen Trends bis zum Ende des Jahres 1998 würde das Wachstum der letzten drei Jahre real mehr als 100 vH betragen haben. Aus einer längerfristigen Perspektive ist auch zu beachten, daß die Produktion in diesem Sektor im ersten Halbjahr 1998 um mehr als 40 vH über dem Niveau vom ersten Halbjahr 1990 lag. Mehr als die Hälfte der Produktion der Eisen- und Stahlindustrie ging in den Export und wiederum mehr als die Hälfte dieses Exports in die Nicht-GUS-Länder.

Trotz der hohen Zuwachsraten bei den Bruttoanlageinvestitionen kommen die Modernisierung und der Neuaufbau des Kapitalstocks kaum voran. Das Wachstum der Industrieproduktion

Tabelle 3: Industrieproduktion nach Zweigen 1990–1998 (Veränderungen gegenüber Vorjahr in vH)

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 ^a
<i>Industrie insgesamt</i> ^b	2	-1	-9	-10	-17	-12	4	18	12,5
Elektrizitätswirtschaft	3	1	-3	-11	-11	-16	-2	6	-6,2
Brennstoffindustrie	-2	-5	-43	-37	-45	11	-5	-1	0,5
Eisen- und Stahlindustrie	9	13	-14	-14	-13	-1	23	35	25,6
Maschinenbau und Metallverarbeitung	3	5	-7	3	-14	-20	2	26	14,9
Chemie und Petrochemie	0	-7	-15	-12	-17	9	7	18	10,2
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	2	7	-7	-3	-13	-10	14	31	21,2
Baustoffindustrie	2	5	-11	-24	-29	-21	-4	28	17,2
Leichtindustrie	0	1	1	2	-23	-34	12	27	20,3
Nahrungsmittelindustrie	2	-9	-18	0	-6	-13	6	18	20,9

^aJanuar–Juli. — ^bOhne Kleinunternehmen, Genossenschaften, Joint-ventures und industrielle Nebenbetriebe anderer Wirtschaftszweige.

Quelle: Minstat (1997d: 108 f.; 1998b: 30 f.).

erfolgt im wesentlichen aus den bestehenden Kapazitäten und muß sich daher in absehbarer Zeit erschöpfen.

Die Bauwirtschaft bleibt weiterhin von der starken Zunahme des Wohnungsbaus (22 vH) geprägt. Beibehalten wurde auch die Finanzierung des Wohnungsbaus durch extrem billige Kredite, deren Zinsen nur einen Bruchteil der offiziell ausgewiesenen Inflationsrate (und einen noch kleineren Teil der tatsächlichen Inflationsrate) betragen, so daß es sich *de facto* um Subventionen handelt. Ähnliches gilt für die Landwirtschaft, wobei hier allerdings die billigen Kredite nicht zu einer vergleichbaren Ausweitung der Produktion geführt haben. Generell verlangt der Charakter solcher Kredite, sie als quasi-fiskalische Ausgaben zu betrachten. Die Entwicklung der Sektoren Transport und Kommunikation blieb nur wenig hinter dem durchschnittlichen Wachstum des BIP zurück. Auffallend ist der extreme Rückgang des Gütertransports auf dem Luftwege (-87 vH); auch der Personentransport auf dem Luftweg nahm ab (-15 vH).

III Preise

Die Preisentwicklung (Tabelle 4) war im Beobachtungszeitraum zum einen von einer Vorgabe

des Präsidenten geprägt, derzufolge der Preisanstieg für Verbrauchsgüter eine Monatsrate von 2 vH (das entspricht auf Jahresbasis etwa 27 vH) nicht übersteigen dürfe. Zum anderen nahmen aber die Nominaleinkommen der Bevölkerung um über 75 vH zu. Die Kluft zwischen der Entwicklung der Nominaleinkommen und der angestrebten Obergrenze des Preisanstiegs führte in Verbindung mit der Befürchtung einer weiteren Abwertung des weißrussischen Rubels zu Rationierungen auf den Märkten für Verbrauchsgüter, zu Panikkäufen und zu einer zurückgestauten Inflation. In dem Maße wie es den staatlichen Instanzen gelang, die geplante Preissteigerungsrate einzuhalten, wurden die entsprechenden (billigen) Güter gehortet bzw. exportiert, und zwar vornehmlich nach Rußland. Von politischer Seite wurde an die Bevölkerung appelliert, Panikkäufe zu unterlassen. In verschiedenen Regionen wurden Lebensmittel rationiert. Entsprechende Maßnahmen griffen im Jahresverlauf immer weiter um sich. Im September 1998 wurden durch einen Präsidialerlaß generelle Mengenbeschränkungen für Käufe von Grundnahrungsmitteln und anderen Gütern des Massenkonsums eingeführt. Zur Verhinderung unkontrollierter Exporte in die Russische Föderation wurde die Beschlagnahme sowohl der entsprechenden Güter als auch der verwendeten Kraftfahrzeuge angeordnet. Der Verkauf von Nicht-Nahrungsmitteln stieg noch vor dem

Tabelle 4: Monatliche Preisentwicklung 1994–1998 (Veränderungen gegenüber Vormonat in vH)

	Verbraucherpreise					Industrielle Erzeugerpreise				
	1994	1995	1996	1997	1998	1994	1995	1996	1997	1998
Januar	40,7	39,2	5,6	13,3	3,9	24,3	44,4	4,0	18,5	3,7
Februar	18,7	33,7	4,0	6,6	3,1	17,4	13,2	0,3	15,4	3,7
März	10,2	20,0	2,0	2,3	3,3	11,9	9,5	1,1	5,3	2,7
April	28,6	14,5	1,5	4,3	3,8	37,0	7,5	1,6	7,0	2,3
Mai	28,7	3,4	0,6	5,0	3,4	32,4	1,7	0,4	5,9	3,0
Juni	19,5	2,5	2,3	4,5	2,7	22,0	1,3	2,1	2,5	3,5
Juli	26,6	5,2	2,0	1,4	2,8	17,5	2,4	1,7	2,3	4,8
August	53,4	3,0	1,3	1,0		42,5	5,2	3,5	1,4	
September	25,5	5,2	1,8	5,0		41,1	5,0	2,1	2,3	
Oktober	25,7	3,4	1,3	3,2		41,6	2,1	1,6	2,4	
November	40,5	3,7	3,9	1,8		28,4	2,7	2,2	2,4	
Dezember	31,3	3,9	7,4	2,3		26,4	2,2	5,5	2,6	

Quelle: Minstat (1996: 193, 217; 1997d: 205, 229; 1998b: 187, 211).

vollen Ausbruch der Panik an der Monatswende von August zu September um 50 vH.² Bereits gegen Ende Mai 1998 wurden in einer Reihe von Regionen die Preise von Importgütern freigegeben, vor allem um dem Ansturm auf Lebensmittel zu begegnen.

Im bisherigen Verlauf des Jahres 1998 betrug der Preisanstieg bei Verbrauchsgütern fast das Doppelte der präsidentialen Vorgabe. Auf Jahresbasis entsprach der Preisanstieg einer Rate von knapp 50 vH. Die Erzeugerpreise stiegen ungefähr im gleichen Umfang. Die Preisentwicklung dürfte durch die im August und September *de facto* (auf dem freien Markt) erfolgte Abwertung des weißrussischen Rubels auf nur mehr ein Viertel bis ein Fünftel des Niveaus vom Frühsommer 1998 einen Schub erhalten, der dreistellige jährliche Raten bedeuten wird. Daran zeigt sich auch, daß die Erwartungen bzw. Befürchtungen der Bevölkerung nur allzu berechtigt waren. Mehr noch als das Tempo der Preissteigerungen dürfte sich die Unsicherheit über die künftige Preisentwicklung auf die Produktion schädlich auswirken. Wichtige Lieferbeziehungen sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt unterbrochen.

IV Arbeitsmarkt

Die Zahl der Beschäftigten lag Ende Juli 1998 um 1,7 vH über dem Wert zum entsprechenden Zeitpunkt des Vorjahres (Tabelle 5). Die Arbeitslosenquote ging bis Juli 1998 auf 2,3 vH (Juli 1997: 3,3 vH) zurück. Folgt man der amtlichen Statistik, herrscht Vollbeschäftigung.

Tabelle 5: Entwicklung des Arbeitsmarktes 1996–1998

	1996	1997	Juli 1997	Juli 1998
Beschäftigte (Tsd.)	4 364,8	4 369,9	4 173,6	4 243,5
Arbeitslose (Tsd.)	182,5	126,2	151,1	103,4
Arbeitslosenquote (vH)	3,9	2,8	3,3	2,3
Offene Stellen (Tsd.)	15,8	29,4	33,4	48,9

Quelle: Minstat (1998a: 110; 1998b: 63); Arbeitsunterlagen der Institute.

Die Beschäftigungsentwicklung wurde durch eine höhere Kapazitätsauslastung und weitere Strukturanpassungen bestimmt. Bereits in den Vorjahren vollzogen sich Strukturveränderungen zugunsten des tertiären Bereichs, insbesondere des Bankgewerbes, des Handels und des Gaststättengewerbes, des Gesundheitswesens, des Wohnungswesens und der kommunalen Dienstleistungen (Tabelle 6). Auch in den ersten sieben Monaten von 1998 nahm die Beschäftigung vor allem im tertiären Sektor zu. Auffallend ist hier die Zunahme der Beschäftigung im Handel und Gaststättengewerbe sowie

² Dieser Wert bezieht sich auf Januar bis Juli 1998 im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode.

Tabelle 6: Entwicklung der Beschäftigung 1990–1998

	Beschäftigtenzahl	Entwicklung der Beschäftigung ^a		Sektorale Struktur der Beschäftigung ^b	
	Juli 98 (Tsd)	1997 zu 1996	Juli 1998 zu Juli 1997	1990 (vH)	1997 (vH)
<i>Insgesamt</i>	4243,5	100,1	101,7	100,0	100,0
Industrie	1242,4	100,2	101,0	30,3	26,8
Landwirtschaft	753,7	96,7	95,4	18,8	16,4
Forstwirtschaft	28,5	103,8	102,2	0,4	0,6
Transportgewerbe	252,9	98,4	101,7	5,8	5,6
Post und Fernmeldewesen	63,0	103,4	102,8	1,1	1,3
Baugewerbe	318,0	99,3	107,0	10,9	6,9
Handel und Gaststätten	335,0	101,0	108,0	6,2	9,4
Großhandel	39,6	93,3	96,8	1,0	0,8
Wohnungswesen, hauswirtschaftliche Dienstleistungen	148,3	101,1	100,7	2,9	4,4
Gesundheits- und Sozialwesen	306,6	102,8	102,4	5,1	6,9
darunter: Gesundheitswesen	261,9	102,4	101,4	4,3	5,8
Bildungswesen	420,9	101,9	103,5	8,3	9,8
Kultur	57,1	103,0	105,2	1,1	1,3
Kunst	11,8	97,0	102,6	0,3	0,3
Wissenschaft	46,0	93,7	96,4	2,0	1,0
Bankgewerbe	55,7	100,6	107,9	0,5	1,1
Staatliche Verwaltung	69,3	103,2	99,0	0,9	1,6
Statistische Differenz ^c	-162,2	—	—	—	—

^aDurchschnitt. — ^bDie Beschäftigtenstruktur basiert auf der Summe der Sektoren. — ^cAufgrund unterschiedlicher statistischer Erfassungen übersteigt die Summe der Sektoren die ausgewiesene Gesamtsumme. In den einzelnen Sektoren wird in der monatlichen Statistik vom nominellen Personalbestand, einschließlich der Saisonkräfte und ohne Berücksichtigung zeitweiliger Abwesenheit, ausgegangen.

Quelle: Minstat (1998b: 59 ff.); Arbeitsunterlagen der Institute.

im Bildungswesen. Ein zahlenmäßig hoher Personalzuwachs war auch im Baugewerbe und in der Industrie zu beobachten, nachdem in den Vorjahren in diesen beiden Sektoren ein erheblicher Rückgang des Personalbestandes verzeichnet wurde.

Zu den Sektoren, die weiterhin einen Personalabbau auswiesen, gehören die Landwirtschaft, der Großhandel und der wissenschaftliche Bereich. Ein Grund für den Rückgang der Beschäftigung in der Landwirtschaft dürfte das seit Jahren vergleichsweise sehr niedrige Lohnniveau sein. Hinzu kommen gegenwärtig hohe Lohnrückstände in zwei Dritteln der staatlichen und genossenschaftlichen Landwirtschaftsbetriebe, obwohl der Agrarsektor einer der Hauptempfänger gelenkter Kredite ist. Zur Sicherung des Personalbestandes in der Landwirtschaft gibt es in der Präsidialadministration Überlegungen, die Migration der ländlichen Bevölke-

rung administrativ weiter einzuschränken und die Arbeitsaufnahme in den Städten nur mit Genehmigung der örtlichen Administration des bisherigen Arbeitsortes zu erlauben (*Izvestija* vom 28. August 1998). An eine Reform der Landwirtschaft wird hingegen nicht gedacht.

Die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen sank in den ersten sieben Monaten des Jahres 1998 um 22 800 auf 103 400 Personen (gegenüber Juli 1997: -47 800 Personen). Die statistisch ausgewiesene Besserung auf dem Arbeitsmarkt drückt sich auch in einer Zunahme der den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen aus. Sie nahmen gegenüber Juli 1997 um 47 vH auf 48 900 im Juli 1998 zu. Im gleichen Monat entfielen auf eine offene Stelle zwei Arbeitslose, während es ein Jahr zuvor noch fünf Arbeitslose gewesen waren. In den ersten sieben Monaten von 1998 wurden von den Arbeitsämtern 95 500 Arbeitslose (38,7 vH der re-

gistrierten Arbeitslosen) vermittelt. Von den Arbeitslosen wurden im Juli 6 vH zur „gesellschaftlichen Arbeit“ herangezogen, 18 vH nahmen an Weiterbildungsmaßnahmen teil. Arbeitslosenunterstützung erhielten lediglich 42 vH der registrierten Arbeitslosen. Die durchschnittliche Arbeitslosenunterstützung betrug zudem nur ein Fünftel der offiziellen Armutsgrenze. Die Anreize, sich arbeitslos zu melden, sind somit gering, so daß die offiziellen Arbeitslosenzahlen das tatsächliche Ausmaß des Problems vermutlich unterzeichnen. Neben der registrierten Arbeitslosigkeit verminderten sich im ersten Halbjahr 1998 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode auch die betriebsbedingte Teilzeitarbeit (-40 vH) und der Umfang des von den Betriebsleitungen angeordneten Zwangsurlaubs (-35,4 vH) (Minstat 1998a: 108). Von diesen Formen der verdeckten Arbeitslosigkeit waren vor allem die Industrieunternehmen betroffen. Auf sie entfielen 76 vH der Teilzeitarbeit und 80 vH des angeordneten Zwangsurlaubs, beim Baugewerbe waren es 15 vH bzw. 14 vH. Von den im Zwangsurlaub befindlichen Personen erhielten 39 vH keinerlei Entgelt. Auf die durchschnittliche Arbeitszeit umgerechnet entsprachen die Teilzeitarbeit und der angeordnete Zwangsurlaub im ersten Halbjahr einem Volumen von 25 000 Beschäftigten oder etwa 0,5 vH der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung.

V Einkommen der privaten Haushalte

Die nominalen Geldeinkommen pro Kopf stiegen im ersten Halbjahr 1998 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 76 vH, die Löhne um 97,9 vH. Unter Berücksichtigung der offiziellen Inflationsrate ergibt sich ein realer Zuwachs der Geldeinkommen in Höhe von 21 vH (Minstat 1998a: 113). Die Realeinkommen stiegen somit fast doppelt so schnell wie das BIP.³ Wegen umfangreicher administrativer Eingriffe in die

Preisbildung der Märkte dürfte die tatsächliche Inflationsrate jedoch deutlich über der statistisch ausgewiesenen liegen. Daher muß der statistische Realeinkommenszuwachs nicht einem gleich hohen Anstieg der Kaufkraft entsprechen. Die Folgen der administrativen Marktlenkung zeigen sich in einer defizitären Versorgungslage, die in einigen Regionen des Landes zur Rationierung des Verkaufs von Grundnahrungsmitteln führte.

Hinter dem starken Anstieg der realen Geldeinkommen steht vor allem eine Steigerung der Reallöhne (36,8 vH) und der realen Durchschnittsrenten (38,2 vH). Die Steigerung der Löhne und Renten führte in der Struktur der Geldeinkommen der privaten Haushalte gegenüber dem Vorjahr zu einer Verschiebung zu Gunsten der Löhne. Dagegen verminderte sich der Anteil der Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, aus Vermögen sowie aus sonstigen Quellen (Tabelle 7). Dies war auch Folge einer seit 1995 zunehmenden Behinderung privatwirtschaftlicher Aktivitäten und vielfältiger Eingriffe in die Preisbildung, die die Rentabilität der Unternehmen senkten und damit letztlich auch den Zuwachs der Einkommen aus selbständiger Tätigkeit beschränkten.

In der Verwendungsstruktur der Geldeinkommen stieg der Anteil der Konsumausgaben auf 81 vH (1. Halbjahr 1997: 73,5 vH). Die Einlagen (in Rubel und Devisen) bei den Banken erhöhten sich in den ersten sechs Monaten 1998 real um etwa 10 vH, obwohl die Einlagenzinssätze nicht einmal die offizielle Inflationsrate abdeckten. Die Summe der Einlagen in Devisen betrug Ende Juni 1998 etwas mehr als 151 Mill. Dollar (Minstat 1998a: 119). Nach weißrussischen Schätzungen befinden sich aber in den Händen der Bevölkerung mehr als 2 Mrd. Dollar; auf einen ähnlichen Betrag werden die im Ausland befindlichen Devisenbestände der privaten Haushalte geschätzt (Ministerstvo ekonomiki und NIEI 1998: 3). Treffen diese Schätzungen zu, so beträgt das in Devisen gehaltene Vermögen das 8- bis 10fache der Einlagen der privaten Haushalte auf Konten bei

³ Die Einkommenspolitik der weißrussischen Regierung zielte ursprünglich nur auf einen Zuwachs der realen Geldeinkommen um 6-7 vH.

Tabelle 7: Struktur der Geldeinkommen der privaten Haushalte 1995–1998 (in vH)

	1995	1996	1. Halbjahr 1997	1. Halbjahr 1998
<i>Herkunft der Geldeinkommen</i>	100	100	100	100
Lohn	52,6	50,3	49,5	58,6
Soziale Transfers	17,0	16,9	17,0	18,4
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, sonstige Einkommen	30,4	32,8	33,5	23,0
darunter: Einkommen aus Vermögen	.	.	.	1,5
<i>Verwendung der Geldeinkommen</i>	100	100	100	100
Kauf von Waren und Dienstleistungen	71,0	73,0	73,5	81,0
Steuern und Beiträge	6,3	5,8	6,6	9,8
Sparen (alle Formen)	22,7	21,2	19,9	9,2

Quelle: Minstat (1997a: 57; 1997b: 117; 1998a: 119).

Banken und Sparkassen.⁴ Da die Konsumausgaben real stärker stiegen als die Ersparnisse, sank die Sparquote auf weniger als die Hälfte des Wertes der Vorjahresperiode. Es ist zu vermuten, daß — ähnlich wie in Rußland — ein Teil der Ersparnis Umlaufmittel darstellt, die von privaten Unternehmen genutzt werden, und die Sparquote in den Vorjahren zu hoch ausgewiesen wurde (DIW et al. 1997b).

Die Differenzierung der Pro-Kopf-Einkommen ist im ersten Halbjahr 1998 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, gemessen an der Relation zwischen den Anteilen des obersten und des untersten Einkommensquintils, vom 3,7fachen auf das 4,2fache gestiegen. Auch die Differenzierung der Durchschnittslöhne zwischen den Branchen und Sektoren hat leicht zugenommen. Überdurchschnittliche Lohnzuwächse wurden vor allem in der staatlichen Verwaltung, im Bank- und Baugewerbe sowie in der Landwirtschaft erzielt. Dagegen blieben die Lohnzuwächse in den vom Staatshaushalt finanzierten und direkt durch den Staat regulierten Sektoren Gesundheits-, Bildungs- und Sozialwesen, Kultur und Kunst sowie in der Forstwirtschaft unter dem Durchschnitt. Die höchsten Löhne wurden im Bankgewerbe, in der staatlichen Verwaltung und im Baugewerbe gezahlt, die niedrigsten in der Landwirtschaft und in den haushaltsfinanzierten Sektoren (Tabelle 8).

⁴ Bei dieser Schätzung wurde die Summe der von den privaten Haushalten gehaltenen Devisenbestände mit dem durchschnittlichen offiziellen Kurs des Monats Juni 1998 in weißrussische Rubel umgerechnet und der Summe des auf Konten bei weißrussischen Banken und Sparkassen gehaltenen Geldvermögens gegenübergestellt.

Auch in Belarus traten verzögerte Lohnauszahlungen auf, allerdings in wesentlich geringem Maße als in Rußland. Sie sind auch kein gesamtwirtschaftliches, sondern ein spezielles Problem der Landwirtschaft, auf die fast 80 vH der Lohnrückstände entfielen. In Industrieunternehmen wurden etwa 9 vH der Rückstände verzeichnet. Die im Juli vorhandenen Lohnrückstände entstanden zu 77 vH im Vormonat und entsprachen etwa einem Sechstel der Monatslohnsomme.

Ungeachtet des realen Zuwachses der monatlichen Durchschnittsrente von 39 vH in den ersten sieben Monaten 1998 im Vergleich zur Vorjahresperiode blieb das Niveau der Renten unverändert ein erstrangiges soziales Problem. Die Durchschnittsrente lag nur minimal über der offiziellen Armutsgrenze dieser sozialen Gruppe. Die Relation der Durchschnittsrente zum Durchschnittslohn (39 vH) veränderte sich nicht.

Der Mindestlohn lag im ersten Halbjahr 1998 wie im Vorjahr bei nur 16 vH der Armutsgrenze. Der unter Einbeziehung von Zuschlägen berechnete Grundlohn im Geltungsbereich des „Einheitlichen Tarifsystems“, dem staatlich verbindlichen Entlohnungssystem der haushaltsfinanzierten Bereiche, entsprach 42 vH der Armutsgrenze. Der volkswirtschaftliche Durchschnittslohn erreichte 229 vH dieser Kennzahl.

Der Anteil der in Armut lebenden Bevölkerung hat sich im ersten Quartal 1998 verringert, blieb aber mit 28,3 vH immer noch sehr hoch (1. Quartal 1997: 32,7 vH). Von der Armut sind besonders Familien mit Kindern und Alleiner-

Tabelle 8: Lohnentwicklung und -struktur 1996–1998 (in 1000 Rubel bzw. in vH)

	Durchschnittslöhne (1. Halbjahr 1998)		Struktur der Löhne		
	1000 Rubel	in vH zur Vorjahresperiode	1996	1997	1. Halbjahr 1998
Gesamtwirtschaftlicher Durchschnittslohn	3 638,9	197,9	100,0	100,0	100
Arbeiter und Angestellte	3 870,2	195,3	106,2	107,1	106
Industrie	4 472,3	201,0	112,7	121,0	123
Landwirtschaft	2 152,8	217,6	62,5	57,5	59
Forstwirtschaft	3 032,4	183,9	90,7	88,6	83
Transportgewerbe	3 990,9	191,8	120,7	115,9	110
Post und Fernmeldewesen	3 735,3	196,7	111,5	101,9	103
Baugewerbe	4 604,8	204,1	121,6	131,7	127
Handel und Gaststätten	3 178,1	191,8	88,3	86,5	87
Gesundheitswesen	2 885,7	168,2	92,2	86,0	79
Sozialwesen	1 946,4	173,1	57,2	55,6	53
Bildungswesen	3 019,0	183,7	83,8	82,0	83
Kultur	2 568,7	177,7	73,7	70,1	71
Kunst	2 451,7	176,3	70,9	69,7	67
Wissenschaft	4 111,8	194,2	111,7	115,8	113
Bankgewerbe	7 252,2	207,5	190,5	204,0	199
Staatliche Verwaltung	5 156,8	210,0	141,8	142,7	142

Quelle: Minstat (1997d; 1998a: 116); Arbeitsunterlagen und Berechnungen der Institute.

ziehende betroffen. Die soziale Unterstützung erfolgt weiterhin nach der Zugehörigkeit zu bezugsberechtigten sozialen Gruppen und nicht nach der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation der Betroffenen. Eine Unterstützung erhielten nur etwa 37 vH der unter der offiziellen Armutsgrenze lebenden Bevölkerung (*Belorusskaja gazeta* vom 13. Juli 1998).

Das allgemein niedrige Einkommensniveau zwingt die Mehrzahl der Haushalte zur Eigenversorgung. Schon Anfang 1997 bewirtschafteten 68 vH der Haushalte (50 vH der städtischen und 98 vH der ländlichen Haushalte) eine landwirtschaftliche Fläche, deren Produkte zu 95 vH von den Haushalten selbst verbraucht wurden (*Belorusskij rynek* Nr. 28 aus 1997).

Die wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte wird sich in den nächsten Monaten wohl kaum verbessern. Der mit dem Verfall des weißrussischen Rubels einhergehende Druck auf die Preise sowie das durch Horten und fehlende Produktionsanreize verknappte Warenangebot treffen vor allem die armen Bevölkerungsschichten. Hinzu kommt, daß die Ernte dieses Jahres schlecht ausfiel. Schließlich verstärkt sich offensichtlich wegen der bestehen-

den Preisdifferenzen der illegale Export von Konsumgütern nach Rußland.

VI Öffentliche Haushalte

Den öffentlichen Haushalten kommt nach wie vor nur eine geringe Aussagekraft über den tatsächlichen Umfang der staatlichen Aktivitäten zu. Eine Unterordnung des Bankensektors unter finanzpolitische Ansprüche ermöglicht weitreichende quasi-fiskalische Aktivitäten, die nicht auf der Ausgabenseite des öffentlichen Haushalts erfaßt werden. Zu den facettenreichen quasi-fiskalischen Aktivitäten gehört vor allem die präferentielle Kreditvergabe an bestimmte Branchen, die eine besondere Form der impliziten Subventionierung einzelner Akteure darstellt, ohne budgetwirksam zu werden.⁵ Das Ausmaß dieser quasi-fiskalischen Aktivitäten ist aufgrund einer hohen Intransparenz der Finanzströme kaum zu quantifizieren. Würde die

⁵ Zum Teil werden auch Preisregulierungen zu den quasi-fiskalischen Aktivitäten gerechnet (Mackenzie und Stella 1996).

Tabelle 9: Ausgewählte Einnahmen und Ausgaben des konsolidierten Haushalts 1992–1998

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 ^a
	<i>Einnahmen (Struktur in vH)</i>						
<i>Insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Mehrwertsteuer	37,1	27,6	27,4	28,0	28,1	29,7	25,4
Akzisen	8,9	12,1	10,6	7,9	12,5	13,0	11,2
Gewinnsteuer	25,8	29,7	30,7	21,6	14,5	14,7	11,0
Einkommensteuer	7,4	7,1	7,3	9,3	10,5	10,1	9,8
Tschernobylsteuer	8,4	7,7	4,9	8,0	.	5,0	4,0
Mineralölsteuer	2,4	2,6	2,2	1,7	0,5	.	.
Immobiliensteuer	0,6	0,9	1,3	2,5	1,9	.	.
Zölle etc.	1,6	6,9	9,2	5,7	6,7	8,2	6,8
Sonstige Einnahmen	7,8	5,4	6,4	15,4	.	.	.
	<i>Ausgaben (Struktur in vH)</i>						
<i>Insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Volkswirtschaft	41,9	38,7	27,5	21,9	19,9	16,2	22,7
Bildung, Kultur, Soziales	30,6	30,3	35,9	42,8	48,7	42,9	41,2
Wissenschaft	1,4	1,2	0,9	1,7	.	1,5	1,2
Tschernobylfolgen	12,6	9,7	6,9	7,7	.	3,9	9,0
Verteidigung	4,8	4,2	4,3	4,4	.	4,7	3,4
Rechtsorgane	3,0	3,5	4,5	7,1	2,4	6,2	6,1
Verwaltung	1,8	1,7	1,9	3,5	1,1	3,2	3,2
Schuldendienst	2,0	1,2	0,6	0,6	.	1,9	2,0
Sonstige Ausgaben	1,8	9,6	17,6	10,2	27,9	19,5	11,3
Saldo in vH der Ausgaben	-5,7	-13,1	-8,7	-8,5	-6,7	-6,1	-0,6
	<i>Einnahmen (Anteil am BIP in vH)</i>						
<i>Insgesamt</i>	32,3	37,0	36,8	30,0	27,5	32,1	41,0
Mehrwertsteuer	12,0	10,2	10,1	8,4	7,7	9,5	10,4
Akzisen	2,9	4,5	3,9	2,4	3,4	4,2	4,6
Gewinnsteuer	8,3	10,8	10,9	6,4	4,0	4,7	4,5
Einkommensteuer	2,4	2,7	2,7	2,8	2,9	3,2	4,0
Tschernobylsteuer	2,7	2,8	1,8	2,4	.	1,6	0,8
Mineralölsteuer	0,8	1,0	0,8	0,5	0,1	.	.
Immobiliensteuer	0,2	0,3	0,5	0,7	0,5	.	.
Zölle etc.	0,5	2,6	3,4	1,7	1,8	2,6	2,8
Sonstige Einnahmen	2,5	2,1	2,7	4,7	.	.	.
	<i>Ausgaben (Anteil am BIP in vH)</i>						
<i>Insgesamt</i>	34,3	42,3	39,9	32,3	30,2	34,4	42,4
Volkswirtschaft	14,3	16,3	11,0	7,1	6,0	5,5	9,3
Bildung, Kultur, Soziales	10,5	12,8	14,3	13,9	14,7	14,7	16,9
Wissenschaft	0,5	0,5	0,4	0,5	.	0,5	0,5
Tschernobylfolgen	4,3	4,1	2,8	2,5	.	1,4	2,2
Verteidigung	1,7	1,8	1,7	1,4	.	1,6	1,4
Rechtsorgane	1,0	1,5	1,8	2,3	0,7	2,1	2,5
Verwaltung	0,6	0,7	0,8	1,1	0,3	1,1	1,3
Schuldendienst	0,7	0,5	0,2	0,2	.	0,7	0,8
Sonstige Ausgaben	0,7	4,1	7,1	3,3	.	6,8	7,5
Saldo in vH des BIP	-2,0	-5,6	-3,6	-2,8	-2,0	-2,1	-1,4

^a1. Halbjahr. Einschließlich außerbudgetärer Fonds. Ohne Sozialversicherungsfonds.

Quelle: Minstat (1997a: 175 ff.; 1997c: 81 ff.); eigene Berechnungen.

Zinersparnis des Unternehmenssektors ordnungsgemäß als Staatsausgabe verbucht, so läge das Defizit des Staatshaushalts nicht bei 1,4 vH des BIP (Tabelle 9), sondern nach vorsichtigen Schätzungen bei knapp 5 vH.

Beginnend mit dem Haushaltsjahr 1998 werden im konsolidierten Haushalt nicht nur die Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushalts und die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften, sondern auch die Einnahmen und Ausgaben der außerbudgetären Fonds, jedoch ohne den Sozialversicherungsfonds, erfaßt. Damit ergibt sich ein methodischer Bruch zu den Vorjahren. Indes werden weder auf der Einnahmen- noch auf der Ausgabenseite die Aktivitäten dieser Fonds gesondert ausgewiesen; die Intransparenz hat sich durch den höheren Aggregationsgrad verschärft. Angaben des Finanzministeriums zufolge lagen die Ausgaben der außerbudgetären Fonds im Zeitraum Januar bis Juni 1998 bei 6,5 vH des BIP. Setzt man die Ausgeglichenheit dieser auf der Grundlage des Umlagesystems operierenden Fonds voraus, so haben sich die Einnahmen des um die außerbudgetären Fonds bereinigten öffentlichen Haushalts weiter erhöht (1997: 32,1 vH des BIP; Januar bis Juni 1998: 35,5 vH). Getragen wurde diese Entwicklung von einem Anstieg des Aufkommens aus der Mehrwertsteuer, den Akzisen und der Einkommensteuer. Die Einnahmen aus der Gewinnsteuer waren dagegen — trotz des ausgewiesenen Wachstums — rückläufig. Erklärungen für diese Entwicklung bieten Steuervergünstigungen, die dem staatlichen Unternehmenssektor eingeräumt wurden. Zudem bewegten sich generell auch im ersten Halbjahr 1998 zahlreiche Betriebe — trotz der großzügigen Vergabe präferentieller Kredite — in der Verlustzone (Minstat 1998a: 99).

Die Ausgaben stiegen im ersten Halbjahr 1998 deutlich langsamer als die Einnahmen. Es zeigt sich, daß die vorhandenen Mittel vor allem zur Finanzierung der Volkswirtschaft — und damit zur Subventionierung — sowie für die soziale Sicherung ausgegeben wurden. Insgesamt weicht die Ausgabenstruktur von den Haushaltsplanungen für 1998 deutlich ab, denen zufolge ein Rückgang der Subventionen

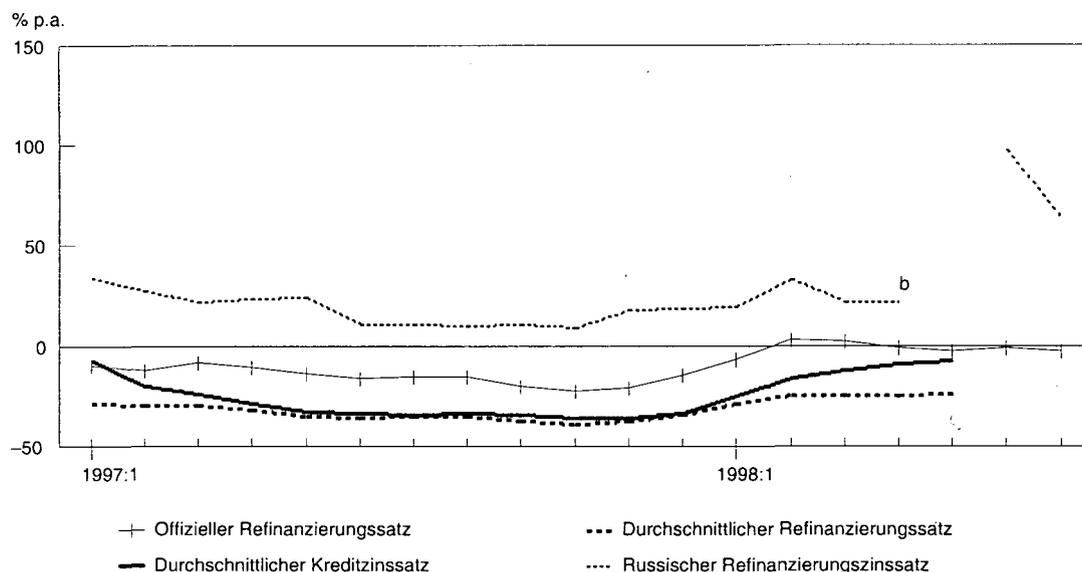
und Sozialausgaben zu erwarten gewesen wäre (DIW et al. 1998).

VII Geldpolitik

Die weißrussische Geldpolitik trägt zu einer Reihe gravierender wirtschaftlicher Fehlentwicklungen bei. Sie wird direkt zur administrativen Lenkung von Ressourcen in bevorzugte Wirtschaftsbereiche benutzt und verzerrt insofern die Ressourcenallokation. Darüber hinaus wird die Geldpolitik in großem Umfang für quasi-fiskalische Aktivitäten eingesetzt. Dadurch facht sie die Inflation an, statt zu einer Stabilisierung des Geldwertes beizutragen. Die Regierung versucht, die destabilisierenden Auswirkungen dieser Politik durch zunehmende administrative Preiskontrollen abzumildern. Dadurch verursacht sie wachsende Engpässe bei von Preiskontrollen betroffenen Konsumgütern.

Gemessen an der Entwicklung der Zinssätze blieb die Geldpolitik im ersten Halbjahr 1998 expansiv ausgerichtet. Die Zentralbank hob zwar im Februar — wohl in Reaktion auf eine gleichgerichtete russische Maßnahme — den offiziellen Refinanzierungszinssatz vorübergehend von 40 auf 50 % an. Damit überstieg er zwar kurzzeitig die offiziell ausgewiesene Inflationsrate (Schaubild 1). Jedoch wurde dieser Zinsschritt bereits im zweiten Quartal wieder zurückgenommen, so daß der Zinssatz wieder unter die Inflationsrate sank.

Zudem ist der offizielle Refinanzierungszinssatz ökonomisch von untergeordneter Bedeutung. Vielmehr werden die Kredite an Geschäftsbanken überwiegend zu stark ermäßigten Zinsen gewährt. Der durchschnittliche Zinssatz, zu dem sich die Banken bei der Zentralbank refinanzieren können, lag im Mai 1998 nur knapp über 10 % und war damit wie schon seit Mitte 1996 deutlich negativ. Das Gleiche gilt für den Zinssatz, zu dem die Geschäftsbanken die verbilligten Kredite an die Wirtschaft weiterreichen dürfen. Dieser ist auf ein bis drei Prozentpunkte über dem Satz begrenzt, zu dem sie die

Schaubild 1: Realzinssätze 1997–1998^a

^aNominalzinssätze wurden mit der Änderung des Verbraucherpreisindex in den jeweils zurückliegenden zwölf Monate deflationiert. — ^bDer Wert des realen russischen Refinanzierungssatzes für Mitte 1998 wurde nicht ausgewiesen, da dieser weit über 100 vH lag.

Quelle: RECEP (1998); Tacis (1998b); eigene Berechnungen.

Kredite von der Zentralbank erhalten. Entsprechend blieb auch der durchschnittliche Zinssatz für Kredite der Geschäftsbanken an die Wirtschaft hinter der Inflationsrate zurück.

Die seit August 1998 andauernde Wirtschafts- und Währungskrise in Rußland führte trotz der engen Verflechtung der beiden Volkswirtschaften nicht zu einer weniger expansiven Geldpolitik. Im Gegenteil reduzierte die weißrussische Zentralbank ihren Refinanzierungssatz Anfang August noch einmal leicht auf 38 vH, obwohl mit dem russischen Rubel auch die weißrussische Währung erheblich unter Druck geraten war.

Insgesamt wurde damit wie schon seit 1996 die Geldmengenentwicklung auch im Jahr 1998 von den stark subventionierten Zentralbankkrediten an ausgewählte staatlich kontrollierte Geschäftsbanken geprägt. Diese Kredite sind mit der Auflage verbunden, sie zu ebenfalls stark ermäßigten Zinsen an ausgewählte Wirtschaftsbereiche weiterzureichen. Während die Kredite bis Mitte 1997 fast ausschließlich an die Landwirtschaft und in den privaten Wohnungsbau flossen, kam ab der zweiten Hälfte 1997 auch die Nahrungsmittelindustrie hinzu. Bereits im

Mai 1998 wurde der für das Gesamtjahr ursprünglich vorgegebene Rahmen für zentralisierte Kredite um 50 vH überschritten, hauptsächlich aufgrund außerplanmäßiger Kredite an die Nahrungsmittelindustrie.⁶ Diese Kredite wurden offenbar als notwendig erachtet, nachdem sich die Finanzprobleme in diesem Industriezweig aufgrund der verschärften Preiskontrollen bei Nahrungsmitteln im ersten Quartal 1998 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum drastisch verschärft hatten. Die gegenwärtige Politik erzeugt einen Kreislauf aus zunehmenden Preiskontrollen, die den Ruf nach zusätzlichen subventionierten Krediten nach sich ziehen, die wiederum den Inflationsdruck erhöhen, was dann erneut zum Anlaß für verschärfte Preiskontrollen genommen wird.

Die erweiterte Geldmenge (M3) expandierte in der ersten Hälfte 1998 langsamer als im Ver-

⁶ Bis in das zweite Quartal 1997 hinein lag der Anteil der Industrie am Bestand der gelenkten Kredite stets zwischen 5 und 6,5 vH. Danach stieg er rasch an und erreichte Ende 1997 über 40 vH. Für 1998 hatte die Zentralbank ursprünglich keine gelenkten Kredite an die Industrie eingeplant. Dennoch waren bis Mai 45 vH der neu ausgezahlten gelenkten Kredite an die Nahrungsmittelindustrie geflossen.

gleichszeitraum des Vorjahres. Die Geldbasis wuchs mit unveränderter Rate (Tabelle 10). Das Wachstum der inländischen Kredite in weißrussischen Rubeln beschleunigte sich jedoch in der ersten Hälfte 1998 deutlich auf 150 vH (nach 135 vH für das Gesamtjahr 1997). Im Gegensatz dazu gingen die Netto-Devisenreserven im ersten Quartal 1998 geradezu dramatisch zurück und erholten sich auch im weiteren Verlauf des Jahres nicht. Die Zentralbank verfügt seitdem praktisch nur noch über inländische Aktiva (Tabelle 11). Im Zuge der Währungskrisen im März und ab August des Jahres 1998 wurden die Reserven in konvertiblen Währungen netto sogar negativ. Die Zentralbankforderungen an die Regierung gingen, als Anteil an der Geldbasis gemessen, im ersten Halbjahr 1998 — wie schon 1997 — weiter zurück. Im

Gegenzug stieg der Anteil der Forderungen an Geschäftsbanken weiter deutlich an. Hinter dieser Verschiebung steht aber lediglich eine Verlagerung hin zu quasi-fiskalischen Aktivitäten, da die Kredite an das Bankensystem größtenteils an die Subventionierung ausgewählter Wirtschaftszweige zweckgebunden sind.

In der Zusammensetzung der erweiterten Geldmenge M3 hat sich der Trend, wonach Bankeinlagen in heimischer Währung zunehmend an Gewicht gewinnen, fortgesetzt. Im Gegensatz dazu hat der Anteil der Fremdwährungskonten abgenommen (Tabelle 12). Dies reflektiert jedoch keineswegs gestiegenes Vertrauen in den weißrussischen Rubel. Vielmehr werden Devisenbestände zunehmend in bar oder auf ausländischen Konten gehalten.

Tabelle 10: Wachstumsraten der Geldmengenaggregate 1993–1998 (Periodenende zu Periodenende in vH)

	1993	1994	1995	1996	1997	1997		1998
						I. Hälfte	2. Hälfte	I. Hälfte
Geldbasis	604	1 897	286	78	108	37	51	39
M3 ^a	985	1 894	158	52	111	51	40	32
<i>Nachrichtlich:</i>								
Verbraucherpreise	1 998	1 957	244	39	63	41	16	22
Erzeugerpreise	2 280	1 868	141	32	91	67	14	20

^aEinschließlich Konten in ausländischer Währung.

Quelle: Tacis (1998b); eigene Berechnungen.

Tabelle 11: Herkunft und Verwendung der Geldbasis 1997–1998 (vH)

	1997				1998	
	I	II	III	IV	I	II
<i>Herkunft</i>						
Devisenreserven (netto)	4,3	14,7	13,1	10,1	-0,1	0,3
Inländische Aktiva (netto)	95,7	85,3	86,9	89,9	100,1	99,7
Forderungen an die Zentralregierung	75,2	62,5	45,3	49,3	49,0	37,4
Forderungen an Banken	66,0	59,6	72,3	67,5	73,5	82,8
Sonstige Aktiva	-45,5	-36,8	-30,7	-26,9	-22,4	-20,5
<i>Verwendung^a</i>						
Bargeld	56,3	52,9	48,1	48,7	43,2	46,0
Pflichtreserven der Geschäftsbanken	29,9	29,9	29,7	29,5	30,0	27,1
Überschußreserven	11,3	11,7	18,7	19,7	23,6	23,8

^aDie Differenz zwischen den Anteilen der drei aufgeführten Kategorien und 100 vH besteht aus „sonstigen“ Konten, die nicht den Reserven zugerechnet werden.

Quelle: Tacis (1998b); eigene Berechnungen.

Tabelle 12: Zusammensetzung der erweiterten Geldmenge M3 1997–1998 (vH)

	1997				1998	
	I	II	III	IV	I	II
Bargeldumlauf	20,5	21,5	20,0	21,3	19,8	21,2
Sicht- und Spareinlagen in einheimischer Währung	47,7	48,1	51,2	51,4	53,3	53,1
Fremdwährungskonten	31,7	30,5	28,8	27,3	26,9	25,7

Quelle: Tacis (1998b); eigene Berechnungen.

VIII Wechselkurspolitik

Eine mit der Wechselkurspolitik inkompatible Geldpolitik hatte bereits im März 1998 zu einer Währungskrise geführt (DIW et al. 1998). Als Reaktion auf die Krise verschärfte die weibrussische Regierung die Devisenkontrollen. Sie fror Devisenkonten von Ausländern zeitweilig ein, griff stärker als zuvor in die Kursbildung der Wechselstuben ein und hielt an ihrem System multipler Wechselkurse fest. Da auch die bereits 1997 eingeführten Beschränkungen weiterhin in Kraft sind, nahmen die Ungleichgewichte am Devisenmarkt weiter zu, und das Transaktionsvolumen ging immer weiter zurück. Exporteure müssen grundsätzlich 30 vH ihrer Fremdwahrungseinnahmen an die Zentralbank zu einem von der Bank festgesetzten offiziellen Wechselkurs verkaufen.⁷ Diesen Kurs hat die Zentralbank im Verlauf des ersten Halbjahres 1998 um 18 vH gegenüber dem Dollar und um 11 vH gegenüber dem russischen Rubel abgewertet (Schaubild 2). Zur Jahresmitte lag der Kurs zum Dollar bei 37 400 Rubel. Seit Januar 1998 kauft die Zentralbank über die dreißigprozentige Ablieferungspflicht hinaus auch Devisen an der Minsker Devisenborse zu einem Kurs, der deutlich über dem offiziellen Kurs liegt.

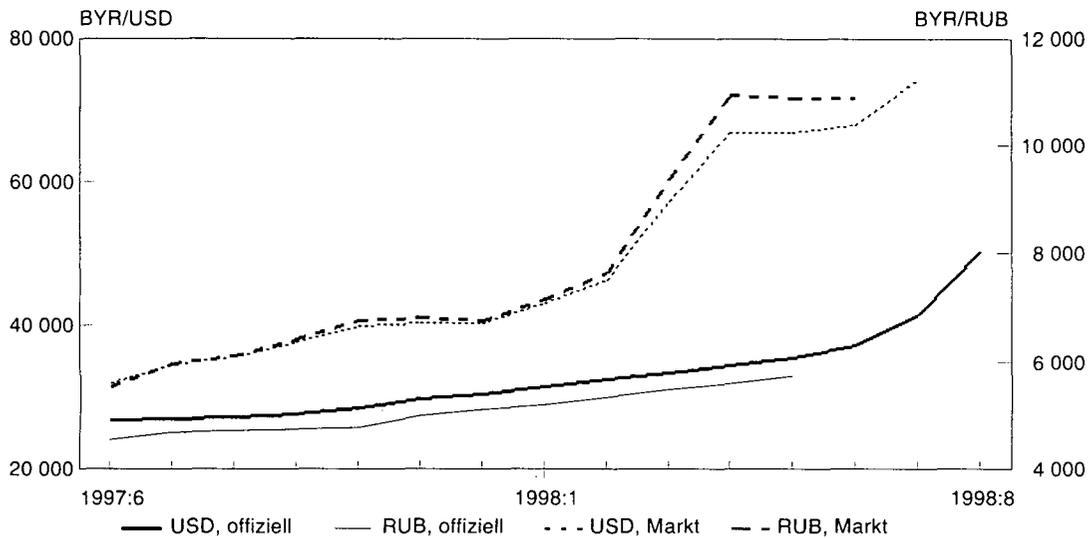
Der tatsächliche Wert des weibrussischen Rubels lie sich bis März 1998 am ehesten an den freien Kursen ablesen, die an der Moskauer Börse erzielt wurden. Nachdem der Handel in Moskau infolge der Währungskrise vom März

1998 ausgesetzt wurde, fehlt dieser Referenzpunkt. Einige ausländische Banken verffentlichen aber weiterhin Kurse des weibrussischen Rubels. Zur Jahresmitte wurde der Rubel beispielsweise in Lettland zu einem Dollar-Kurs von etwa 68 000 Rubel, d.h. um etwa 80 vH über dem offiziellen Minsker Kurs gehandelt (Rietumu Banka 1998). Dies entspricht einer nominalen Abwertung des freien Kurses von 40 vH seit Jahresbeginn. ähnlich gro war die Abwertung gegenüber dem russischen Rubel (Schaubild 2).

Im Zuge der schweren Finanzkrise in Ruland seit August 1998 verlor auch die weibrussische Währung weiter dramatisch an Wert. Der offizielle Kurs wurde bis Ende September um weitere 30 vH auf 53 400 Rubel pro Dollar abgewertet. Die Lücke zwischen dem offiziellen Wechselkurs und dem Marktkurs vergroerte sich nochmals erheblich. Der freie Dollar-Kurs im Ausland fiel zeitweilig bis auf 300 000 Rubel. In der Folge unterlag der Kurs starken Schwankungen, und der Handel wurde auch im Ausland wiederholt eingestellt. Ende September wurde der Rubel im Ausland zu einem Dollar-Kurs von etwa 190 000 Rubel gehandelt. Eine Vereinbarung mit dem Internationalen Währungsfonds aus dem Mai 1998, wonach die Lücke zwischen dem offiziellen Wechselkurs und dem freien Kurs im Jahresverlauf geschlossen und das System multipler Wechselkurse gegen Ende des Jahres abgeschafft werden sollte, ist damit Makulatur geworden.

Real, das heit bereinigt um Inflationsdifferenziale, ist der offizielle Wechselkurs zum Dollar im ersten Halbjahr 1998 in etwa konstant geblieben. Gemessen am freien Marktkurs hat der weibrussische Rubel dagegen im zweiten Quar-

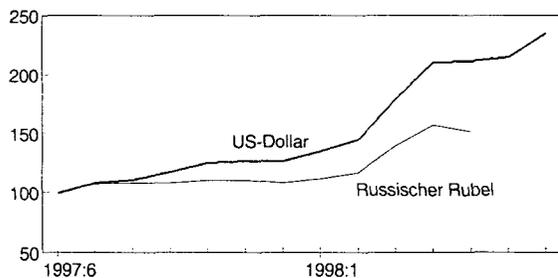
⁷ Es bestehen allerdings zahlreiche Ausnahmeregelungen, so da in der Praxis ein geringerer Teil der gesamten Exporterlöse zu diesem Kurs an die Zentralbank abgeführt wird.

Schaubild 2: Nominale Wechselkurse des weißrussischen Rubels zum US-Dollar und zum russischen Rubel 1997–1998^a

^aBYR = weißrussischer Rubel, RUB = russischer Rubel, USD = US-Dollar.

Quelle: Tacis (1998b); Rietumu Banka (1998).

tal 1998 sowohl gegenüber dem Dollar als auch gegenüber dem russischen Rubel real stark abgewertet (Schaubild 3). Allerdings wird das Ausmaß der realen Abwertung überzeichnet, da die ausgewiesene Inflationsrate in Belarus aufgrund der Preiskontrollen nicht die tatsächliche Geldentwertung wiedergibt. Da der überwiegende Teil des Außenhandels entweder im Wege des reinen Tauschhandels abgewickelt wird oder zu Kursen, die den freien Marktkursen nahekommen, dürfte sich somit die preisliche Wettbewerbsfähigkeit weißrussischer Exporteure zunächst verbessert haben.

Schaubild 3: Reale Wechselkurse des weißrussischen Rubels 1997–1998 (Marktkurse)^a

^aBerechnet auf Grundlage der Verbraucherpreisindizes. Juni 1997 = 100.

Quelle: Tacis (1998b); Rietumu Banka (1998); eigene Berechnungen.

IX Außenwirtschaft

Die seit dem Jahr 1996 zu beobachtende Verschlechterung der Zahlungsbilanzsituation setzte sich im Jahre 1998 fort. Bereits im ersten Quartal 1998 wies die Leistungsbilanz ein Defizit auf, das nahezu 50 vH des gesamten Defizits des Vorjahres ausmachte (Tabelle 13). Das Defizit stieg im ersten Quartal auf 11 vH des Bruttoinlandsprodukts nach 6 vH für das Gesamtjahr 1997 und 9,5 vH für das erste Quartal 1997. Der Anstieg des Defizits ging nahezu ausschließlich auf den Handel mit Nicht-GUS-Staaten zurück. Stark steigenden Fertigwarenimporten aus Nicht-GUS-Staaten standen meist rückläufige Exporte in die meisten dieser Staaten gegenüber.⁸ Der Anteil Rußlands an den weißrussischen Exporten erhöhte sich im ersten Halbjahr 1998 auf knapp 70 vH (1997: 65 vH). Jedoch konnte diese Umorientierung, die schon im Jahre 1997 zu einem Überschuß im bilatera-

⁸ Im Falle Deutschlands erklärt sich beispielsweise der Anstieg der Exporte nach Belarus vom ersten Halbjahr 1996 zum ersten Halbjahr 1997 nahezu vollständig durch die Zunahme der Fertigwarenexporte. Dieser Trend setzte sich im ersten Halbjahr 1998 fort. Der Anteil dieser Produkte an der Ausfuhr der Bundesrepublik nach Belarus betrug 76 vH (Statistisches Bundesamt lfd. Jgg.).

Tabelle 13: Zahlungsbilanz 1995–1998 (Mill. Dollar)^a

	1995	1996	1997	1997				1998	
				I	II	III	IV	I	II
Außenhandel	-528	-1 149	-1 335	-398	-341	-222	-374	-484	-369
Exporte	4 621	5 790	7 383	1 571	1 708	1 959	2 145	1 773	1 894
Importe	-5 149	-6 939	-8 718	-1 969	-2 049	-2 182	-2 519	-2 257	-2 262
Nichtfaktordienstleistungen	262	572	538	140	138	116	143	112	137
Einnahmen	431	908	923
Ausgaben	-170	-336	-385
Faktordienstleistungen	-66	-18	-79	-19	-16	-15	-29	-13	-25
Einnahmen	2	71	26	4	...
Ausgaben	-67	-89	-106	-18	...
Transfers	79	91	78	16	27	21	15	15	43
Saldo der Leistungsbilanz	-253	-503	-799	-261	-192	-100	-246	-371	-214
Kapitaltransfers	7	1 006	133
Sonstiger Kapitalverkehr ^b	158	268	608
Direktinvestitionen	7	70	190
Portfolioinvestitionen	0	5	-43
Mittel- und langfristiger Kapitalverkehr	79	39	83
Kurzfristiger Kapitalverkehr	73	155	379
Saldo der Kapitalverkehrsbilanz	165	1 274	741	388	109
Statistisch nicht aufgliederbare Transaktionen	-0	-158	94	-17	105
Saldo	-88	614	36	0	0
Reserveaktiva ^c	-108	45	-6	94	-3
Umschuldungen ^d	196	-659	-30	-94	3

^aIn Anlehnung an die Gliederung der weißrussischen Nationalbank. Handelsdaten für das Jahr 1996 enthalten nicht die Ausfuhr von Waffen in Höhe von 370 Mill. Dollar. Ebenfalls nicht enthalten im Jahre 1996 ist das Begleichen von noch offenen Rechnungen für Lieferungen von Gazprom durch unverkaufte Produkte aus Belarus in Höhe von 840 Mill. Dollar. — ^bNetto. — ^c,-“ = Zunahme der Nettoauslandsforderungen. — ^dÄnderungen der Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland.

Quelle: Tacis (1998b); Arbeitsunterlagen der Institute.

len Handel mit Rußland geführt hatte (Tabelle 14), nicht verhindern, daß sich die Handelsbilanz insgesamt im ersten Halbjahr zunehmend defizitär entwickelte.⁹

Konkrete Angaben über die tatsächliche Höhe des Leistungsbilanzdefizits sind nur begrenzt möglich, da erhebliche statistische Probleme bei der Erfassung und Quantifizierung grenzüberschreitender nichtfinanzieller Transaktionen bestehen. So verdeckt der Tauschhandel mit Rußland, aber auch mit anderen GUS-Staaten das tatsächliche Ausmaß des Defizits.¹⁰

⁹ Schätzungen, denen offenbar der Marktkurs des weißrussischen Rubels zum Dollar zugrunde liegt, kommen zu einem Handelsbilanzdefizit für das erste Halbjahr 1998 von 21 vH des BIP (Tacis 1998a).

¹⁰ Der Tauschhandel mit Rußland beläuft sich Schätzungen zufolge auf etwa die Hälfte des Gesamthandels. Soweit wie möglich werden die Export- bzw. Importzahlen um das geschätzte Ausmaß des Tauschhandels

Bisher hat Rußland durch verschiedene Maßnahmen wie Direktinvestitionen im Zusammenhang mit der Yamal-Erdgaspipeline, debt-equity-swaps und Handelskredite entscheidend zur Finanzierung der Leistungsbilanzdefizite in Belarus beigetragen. Im Rahmen von Sondervereinbarungen wurden die ständig auflaufenden Zahlungsforderungen für russische Erdgaslieferungen meistens durch Güterlieferungen aus Belarus abgegolten. Waren es im Jahre 1997 noch 177 Mill. Dollar (etwa ein Viertel der insgesamt gelieferten Erdgasmenge in diesem Jahr), so liefen schon in der ersten Jahreshälfte 1998 neue Forderungen in Höhe von etwa 130 Mill. Dollar auf. Hinzu kamen nicht bezahlte Verbind-

koriert. Allerdings gehen Schätzungen über „shuttle trade“, Transithandel oder Schmuggel nicht in die offiziellen Zahlungsbilanzstatistiken ein, obwohl ihr Umfang beträchtlich sein dürfte.

lichkeiten für Stromlieferungen aus Rußland und Litauen. Im ersten Quartal 1998 wurden nur noch 6 vH der Gaslieferungen bar bezahlt, nachdem schon im Vorjahr der Anteil der Barzahlungen statt der vereinbarten 30 vH (und zeitweise geforderten 70 vH) nur 10 vH betragen hatte. Im April 1998 einigte man sich mit dem russischen Gasmonopolisten Gazprom darauf, 200 Mill. Dollar an Zahlungsrückständen in weißrussische Staatstitel umzuwandeln. Außerdem wurde das Leistungsbilanzdefizit im ersten Quartal 1998 durch weitere Abflüsse von Devisenreserven finanziert. Ende Mai 1998 reichten die Bruttoreserven gerade noch aus, die Einfuhr für zehn Tage zu decken.

Ohne weitere russische Unterstützung wird sich die Zahlungsbilanzsituation in Zukunft noch kritischer darstellen. Die Finanzkrise, die im August 1998 in Rußland ausbrach, verschärft die weißrussischen Zahlungsbilanzprobleme. Aufgrund der prekären wirtschaftlichen Situation in Rußland kann Belarus nur dann weiterhin mit russischer Unterstützung rechnen, wenn politische Überlegungen das ökonomische Kalkül dominieren.

Die Reaktion der wirtschaftspolitischen Instanzen in Belarus auf diese negativen Entwicklungen beschränkte sich bisher auf immer weitergehende dirigistische Maßnahmen. Diese betreffen sowohl den Bereich der Wechselkurspolitik als auch Kapitalverkehrskontrollen und Außenhandelsbeschränkungen. So wurde im April 1998 ein Dekret erlassen, wonach die Ein- und Ausfuhr bestimmter Konsumgüter nur von ausgewählten staatlichen Institutionen vorgenommen werden dürfen. Bei einer Zuwiderhandlung droht der Entzug der Handelslizenz.¹¹ Darüber hinaus setzte sich die Regierung verstärkt dafür ein, daß die Unternehmen Vorleistungen beziehungsweise Fertigwaren möglichst nur im Inland kaufen.¹² Derartige Maßnahmen werden allerdings nur bewirken, daß sich die Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Pro-

duzenten auf internationalen Märkten weiter verschlechtert und mögliche ausländische Investoren Belarus als Standort weiterhin nicht in Betracht ziehen.¹³

X Ordnungspolitik

Der Prozeß der Unternehmensprivatisierung hat sich weiter verlangsamt. Im ersten Halbjahr 1998 waren nur noch 127 Unternehmen in die Privatisierung einbezogen und damit weniger als die Hälfte der Zahl in der entsprechenden Vorjahresperiode. Privatisierungen fanden wie bisher vor allem auf kommunaler Ebene statt (Tabelle 15). Bei den von Beginn der Privatisierung bis Mitte 1998 ganz oder teilweise enteigneten Unternehmen (insgesamt 2 815) handelt es sich zu einem großen Teil um kleinere Betriebe aus dem Handels- und Dienstleistungssektor. Trotzdem sind in diesen Bereichen noch immer rund 40 vH der Betriebe in staatlichem Eigentum (*Belorusskij rynok* Nr. 34 aus 1998: 15). Die sogenannte kleine Privatisierung wird daher voraussichtlich nicht wie geplant Mitte 1999 abgeschlossen werden. Nur etwa 12,5 vH der bislang teilentstaatlichten Unternehmen sind Industriebetriebe.

Ein im März 1998 erlassenes Präsidialdekret zur Privatisierung sollte nach offizieller Verlautbarung die Privatisierung beschleunigen (*Sobranie dekretov* 1998: 90 ff.). Allerdings wurde am bisherigen Privatisierungsablauf wenig verändert, so daß eine Beschleunigung auch künftig kaum zu erwarten ist. Die Privatisierung eines Betriebes wird wie bislang grundsätzlich dezentral auf Vorschlag der Belegschaft eingeleitet. Bei Unstimmigkeiten zwischen Belegschaften und staatlichen Organen können große Unternehmen auch auf Beschluß des Präsidenten (bei mehr als 4 000 Beschäftigten), des Mi-

¹¹ Stoßrichtung dieser Maßnahme war es, Exporte nach Rußland zu verhindern, um den Gütermangel auf dem weißrussischen Konsumgütermarkt zu mindern.

¹² Um diese Politik der Importsubstitution durchzusetzen, wurden insgesamt 40 Präsidialdekrete und -resolutionen, 12 Resolutionen des Ministerrats und 17 Anweisungen des Premierministers verabschiedet.

¹³ Die Volkswagen AG gab zum Beispiel ihre Intention auf, über ihre Tochterfirma Skoda in Belarus zu investieren. McDonald's wurde im August aufgefordert, den Bedarf an Lebensmitteln in Belarus zu decken. Bisher wurde allerdings von einer effektiven Anwendung dieser Maßnahme abgesehen. Bis dahin hatte McDonald's monatlich Waren in Höhe von etwa 0,5 Mill. Dollar aus Rußland bzw. Polen importiert.

Tabelle 15: Umgewandelte und privatisierte Unternehmen 1991–1998 (Anzahl)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998 ^a	Insgesamt
<i>Privatisierte und umgewandelte Unternehmen insgesamt</i>	61	190	244	632	468	521	572	127	2 815
Privatisiert durch:									
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	34	47	57	152	35	58	76	154	613
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	13	87	24	12	1	0	0
Direktverkauf, Auktion	11	52	92	251	172	208	223	64	1 073
Sonstige Verkäufe	–	–	–	–	–	34	95	23	152
Umwandlung in Aktiengesellschaften	3	4	71	217	260	221	178	23	977
Privatisiert und umgewandelt wurden:									
<i>Republikseigentum</i>	19	32	140	184	53	131	192	23	774
Privatisiert durch:									
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	9	20	44	28	1	5	1
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	6	8	10	1	0	0	0
Direktverkauf, Auktion	1	1	18	3	0	0	0
Sonstige Verkäufe	–	–	–	–	–	34	95
Umwandlung in Aktiengesellschaften	3	3	68	152	52	92	96
<i>Kommunales Eigentum</i>	42	158	104	448	415	390	380	104	2 041
Privatisiert durch:									
Verkauf verpachteten Eigentums an Pächter	25	27	13	124	34	53	75
Verkauf von Eigentum an Belegschaften	7	79	14	11	1	0	0
Direktverkauf, Auktion	10	51	74	248	172	208	223
Umwandlung in Aktiengesellschaften	0	1	3	65	208	129	82

^a1. Halbjahr.

Quelle: *Belorusskij rynek* Nr. 31 aus 1996: 14, Nr. 5 aus 1997: 7, Nr. 29 aus 1997: 21 sowie Arbeitsunterlagen der Institute.

nisterrats (2 000 bis 4 000 Beschäftigte) oder des Privatisierungsministeriums (bis zu 2 000 Beschäftigte) privatisiert werden. Damit verbleiben bei der Privatisierung größerer Unternehmen wichtige Entscheidungsbefugnisse bei zentralen Organen. Neu ist, daß die Privatisierung grundsätzlich nicht unentgeltlich vorgenommen werden soll. Während der offiziell noch laufenden Voucherprivatisierung können Aktien aber auch noch gegen Schecks getauscht werden.¹⁴ Allerdings kommt die Voucherprivatisierung unter anderem aufgrund eines zu geringen Angebots an Aktien nicht voran. Die breite Bevölkerung und die Belegschaften, denen Vorzugskonditionen eingeräumt werden, haben damit kaum Gelegenheit, unentgeltlich Aktien zu erhalten. Hinzu kommt, daß im Unterschied zu den noch bis 1996 verabschiedeten Privatisierungsprogrammen das Dekret keine konkreten Zielvorgaben enthält. Angesichts des fehlenden politischen Willens ist kein Impuls für die Privatisierung zu erwarten.

Die bislang erfolgte Privatisierung hat angesichts der zunehmenden staatlichen Eingriffe immer weniger Bedeutung für die Entscheidungsfreiheit und die Leistungsanreize von Unternehmen und ist somit rein formaler Natur. Zum 1. Januar 1998 war per Präsidialdekret die Möglichkeit eröffnet worden, in Kapitalgesellschaften eine „goldene Aktie“ einzuführen, die dem Staat in wichtigen Unternehmensentscheidungen auch von bereits mehrheitlich privatisierten Betrieben ein Vetorecht verleiht.¹⁵ Nachdem das Parlament (Oberhaus) im Februar 1998 der Einführung des Vetorechts zugestimmt hatte, lehnte die Repräsentantenkammer (Unterhaus) im Mai unter dem Hinweis, die goldene Aktie behindere die Reformen, die vorgeschlagenen Änderungen und Ergänzungen im Gesetz „Über die Aktiengesellschaften“ ab. Die Kammer forderte, daß der Entwurf unter anderem hinsichtlich der Modalitäten der Einführung und in bezug auf die Gültigkeitsdauer der goldenen Aktie zu präzisieren sei (*Belorusskaja*

¹⁴ Vgl. zum Konzept der Voucherprivatisierung DIW et al. (1994).

¹⁵ Vgl. DIW et al. (1998) zur „goldenen Aktie“.

delovaja gazeta vom 18. Mai 1998: 2). Allerdings bleibt das Dekret in der vorliegenden Fassung auch ohne die vorgesehene Gesetzesänderung gültig. Derzeit wird für vier Unternehmen die Einführung der goldenen Aktie erwogen. Der gesamte Vorgang ist ein Hinweis darauf, daß staatliche Organe ohne volle parlamentarische Zustimmung versuchen, die Rolle des Staates in der Wirtschaft zu erhalten bzw. sogar zu erhöhen.

Veränderungen im Bereich der Bodengesetzgebung, die bereits mit Wirkung zum 1. Januar 1998 beschlossen worden waren, wurden im September konkretisiert.¹⁶ Juristischen Personen, auch ausländischen Unternehmen, ist der Erwerb von Boden unter der Bedingung erlaubt, daß sie zugehörige privatisierte Produktionsanlagen betreiben oder Investitionsprojekte, die im Interesse der Republik liegen, verwirklichen wollen. Über den Verkauf an juristische Personen entscheiden staatliche Organe. Eine Weiterveräußerung ist nur möglich, wenn die ursprüngliche Nutzung beibehalten wird. Ein freier Bodenmarkt wird durch das Gesetz also nicht geschaffen. Auch bleibt abzuwarten, ob die neuen Möglichkeiten in der Praxis überhaupt ausgeschöpft werden und die veränderte Bodengesetzgebung tatsächlich einen Reformfortschritt darstellt.

Auf inflationäre Tendenzen wurde in der Vergangenheit verstärkt mit Erlassen und Verordnungen zur Preisbildung reagiert.¹⁷ Die vorgesehenen Eingriffe in die Preisbildung konnten jedoch nur unzureichend durchgesetzt werden; immerhin unterlag nach letzten Informationen etwa ein Drittel der Konsumausgaben den Preiskontrollen. Die Preisadministrierungen bei Gütern des Grundbedarfs führten zur Entstehung von Schwarzmärkten, zu illegalen Exporten und zu einem Mangel an wichtigen Grundnahrungsmitteln im legalen Handel. In einigen Städten wurden Grundnahrungsmittel bereits rationiert. Statt marktwirtschaftliche Re-

formen anzugehen, wurde ein Gesetzentwurf mit zahlreichen Elementen administrativer Preisbildung vorgelegt. So unterscheidet der Entwurf neben „freien“ Preisen auch Kategorien wie „regulierte“, „fixierte“ sowie Höchst- und Mindestpreise. Juristischen Personen wird nur dann die Möglichkeit zur freien Preisgestaltung eingeräumt, wenn keine Vorschriften zur Preisbildung bestehen. Dies bedeutet einen weiteren Rückschritt zur planwirtschaftlichen Preisbildung.

XI Zusammenfassung

Die Republik Belarus ist eine kleine Volkswirtschaft, die geographisch im Zentrum Osteuropas liegt. Es sollte daher im ureigensten Interesse des Landes liegen, sich in die Weltwirtschaft zu integrieren. Belarus geht jedoch nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich einen ausgeprägten Sonderweg. Die bisherigen Ergebnisse und die weiteren Aussichten dieses wirtschaftlichen Sonderwegs werden von den verantwortlichen Autoritäten des Landes ausgesprochen positiv bewertet. Im Gegensatz dazu üben externe Beobachter praktisch ohne Ausnahme herbe Kritik. Warnungen, dieser Kurs führe unweigerlich in die Sackgasse und könne keineswegs als Basis für ein nachhaltiges Wachstum dienen, finden bislang in den offiziellen Statistiken keinen Beleg. Vielmehr prägen Erfolgsmeldungen das Bild.

Im ersten Halbjahr 1998 stieg das offiziell ausgewiesene Bruttoinlandsprodukt um mehr als 12 vH an. Getragen wurde das Wachstum von der Bauwirtschaft, der Industrie und dem Transportwesen. Sehr hohen Zuwachsraten bei Investitionen, Einzelhandelsumsatz und Staatsverbrauch stand jedoch ein ausuferndes Außenhandelsdefizit gegenüber. Die gemessenen Realeinkommen nahmen um 21 vH zu, die registrierte Arbeitslosigkeit ging zurück. Das offizielle Haushaltsdefizit lag bei nur 1,4 vH des BIP, die gemessene Inflation erreichte trotz starker Geldmengenausweitung rund 50 vH per annum.

¹⁶ Vgl. dazu *Belorusskaja delovaja gazeta* (1998b) und *Vedomosti Verchovnogo Soveta Respubliki Belarus'* (1997).

¹⁷ Im Frühjahr 1998 war z.B. der maximal erlaubte Aufschlag im Großhandel auf 20 vH (zuvor: 25 vH) und im Einzelhandel auf 30 vH (zuvor: 40 vH) gesenkt worden (*Belorusskaja delovaja gazeta* 1998a).

Allerdings können diese Entwicklungen nur auf den ersten Blick beeindrucken. Die gemeldeten Ergebnisse werden durch immer weiter um sich greifende administrative Eingriffe in die Wirtschaftsabläufe erkaufte. Diese erschweren eine Bewertung der tatsächlichen Lage und beeinträchtigen die zukünftige Entwicklung. Mehrere Faktoren sind hierfür verantwortlich:

Erstens sind die gemeldeten Wachstumserfolge zu einem großen Teil Ergebnis gelenkter Kredite, die zu stark negativen Realzinsen an die Wirtschaft vergeben wurden. Die gelenkten Kredite und die damit einhergehende Geldemission haben zu einem erheblichen Inflationsdruck geführt, der nur sehr unvollständig in der offiziell ausgewiesenen Inflationsrate zum Ausdruck kommt. Panikkäufe und Rationierungen sind hierfür die bekannten Indikatoren. Vor diesem Hintergrund müssen sowohl das ausgewiesene Wirtschaftswachstum als auch die Zunahme der realen Einkommen relativiert werden, da sie auf Grundlage der offiziellen Inflationsrate berechnet wurden. Zudem führt die Instrumentalisierung der Geldpolitik für allgemeine wirtschaftliche Ziele dazu, daß die offiziellen Zahlen zum Staatshaushalt Makulatur geworden sind. Die quasi-fiskalischen Aktivitäten der Zentralbank greifen immer weiter um sich. Durch diese Politik hat das Bankensystem seine Eigenständigkeit verloren und ist in seiner Entwicklung auf Dauer beeinträchtigt.

Zweitens befindet sich Belarus zwar in einer prekären außenwirtschaftlichen Lage, gleichwohl reagieren die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger aber nicht durch eine Kurskorrektur, sondern greifen zu weiteren administrativen Maßnahmen. Als Reaktion auf die sich häufenden Währungskrisen werden Kontrollmaßnahmen auf immer weitere Bereiche der Wirtschaft ausgedehnt. Unmittelbarer Auslöser der Krisen war ein überbewerteter Wechselkurs. Die Zentralbank hält gleichwohl an einem System multipler Wechselkurse fest, die deutlich von dem freien Marktkurs abweichen. Durch Barterhandel, vor allem mit Rußland, kann zwar *de facto* eine Abwertung des belarussischen Rubels erreicht werden, eine auf diesem Wege erzielte Abwertung ist jedoch mit hohen Kosten

verbunden. Das Defizit in der Leistungsbilanz lag gemessen am offiziellen Wechselkurs bei mehr als 10 vH des BIP. Da Belarus vom internationalen Kapitalmarkt isoliert ist, konnte dieses Defizit nur durch russische Hilfe finanziert werden. Diese Unterstützung nahm verschiedenste Formen wie Handelskredite für Energielieferungen an. Aufgrund der extremen Abhängigkeit der Republik Belarus von der Finanzierung durch Rußland ist damit zu rechnen, daß die dortige Wirtschafts- und Währungskrise drastische Folgen für Belarus haben wird. Bereits in der Vergangenheit hat Rußland immer wieder versucht, härtere Konditionen im Außenhandel durchzusetzen. Aufgrund der desolaten Finanzlage in Rußland selbst kann Belarus nur dann weiter auf Unterstützung bauen, wenn ökonomische durch politische Erwägungen dominiert werden.

Drittens kommen Modernisierung und Neuaufbau des zunehmend maroden Kapitalstocks nicht voran. Die Industrie greift daher im wesentlichen auf bestehende Kapazitäten zurück, und das Wachstum der Produktion wird sich in absehbarer Zeit auch aus diesem Grund erschöpfen müssen.

Aufgrund der krisenhaften Entwicklungen des laufenden Jahres wird es zu einer deutlichen Abschwächung des Wachstums kommen, so daß das BIP im Gesamtjahr 1998 bestenfalls um 5 vH zunehmen wird. Im kommenden Jahr werden nicht nur die Auswirkungen der Krise voll zum Tragen kommen, sondern auch die Grenzen der bestehenden Kapazitäten erreicht werden. Mehr als eine Stagnation des BIP ist nicht zu erwarten. Die Inflation wird in beiden Jahren im dreistelligen Bereich liegen, wobei Preiskontrollen wiederum dazu verwendet werden dürften, das wahre Bild der Preisentwicklung zu beschönigen. Zudem ist das Risiko eines plötzlichen wirtschaftlichen Kollaps gestiegen. Diesen versucht die Regierung durch weiter verschärfte administrative Eingriffe noch abzuwenden. Die diesen Prozessen eigene Dynamik führt zurück zur Planwirtschaft.

Literaturverzeichnis

- Belorusskaja delovaja gazeta* (1998a). Ukroščenie stroptivych. 28. Mai: 2.
- (1998b). Zakon Respubliki Belarus': „O vnesenii izmenenij i dopolnenij v zakon Respubliki Belarus' 'O prave sobstvennosti na zemlju'“. 10. September: 2.
- DIW, IfW und IWH (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und Institut für Wirtschaftsforschung Halle) (1994). Die wirtschaftliche Lage Weißrußlands: Krisenbewältigung durch Flucht in die Rubelzone? Kieler Diskussionsbeiträge 234. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Erschienen auch im *Wochenbericht* 61 (25): 413–432 des DIW und als Forschungsreihe 4/1994 des IWH.
- (1997a). Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Verordnetes Wachstum ohne Perspektive? Kieler Diskussionsbeiträge 307. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Erschienen auch im *Wochenbericht* 64 (45): 875–894 des DIW und als Forschungsreihe 7/1997 des IWH.
- (1997b). Die wirtschaftliche Lage Rußlands: Wirtschaftspolitik muß jetzt endlich Wachstumserfolge vorweisen. Kieler Diskussionsbeiträge 308. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Erschienen auch im *Wochenbericht* 64 (51–52): 965–1009 des DIW und als Forschungsreihe 9/1997 des IWH.
- (1998). Die wirtschaftliche Lage der Republik Belarus: Verordnetes Wachstum endet in Währungskrise. Kieler Diskussionsbeiträge 314. Institut für Weltwirtschaft, Kiel. Erschienen auch im *Wochenbericht* 65 (17): 279–291 des DIW und als Forschungsreihe 3/1998 des IWH.
- Mackenzie, G.A., und P. Stella. (1996). Quasi-Fiscal Operations of Public Financial Institutions. Occasional Paper 142. International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Ministerstvo ekonomiki und NIEI (Ministerstvo ekonomiki Respubliki Belarus' und Naučno-issledovatel'skij ekonomičeskij institut ministerstva ekonomiki Respubliki Belarus') (1998). *O funkcionirovanii ekonomiki Belarus' v 1 polugodii 1998 g.* Minsk.
- Minstat (Ministerstvo statistiki i analiza Respubliki Belarus') (1996). *Statističeskij bjulleten'* 2 (12).
- (1997a). *Respublika Belarus' v cifrach.* 1996. Minsk.
- (1997b). *O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus'. Janvar'–ijun'.* Minsk.
- (1997c). *Statističeskij bjulleten'* 3 (7).
- (1997d). *Statističeskij bjulleten'* 3 (12).
- (1998a). *O rabote narodnogo chozjajstva Respubliki Belarus'. Janvar'–ijul'.* Minsk.
- (1998b). *Statističeskij bjulleten'* 4 (7).
- RECEP (Russian European Centre for Economic Policy) (1998). *Russian Economic Trends. Monthly Update* (July).
- Rietumu Banka (1998). Currency Exchange Rates. <http://www.rietumu.lv>
- Sobranie dekretov, ukazov Prezidenta i postanovlenij pravitel'stva Respubliki Belarus'* (1998). Dekret Prezidenta Respubliki Belarus': „O razgosudarstvlenii i privatizacii gosudarstvennoj sobstvennosti v Respublike Belarus'“. Nr. 9: 90–96.
- Statistisches Bundesamt (Ifd. Jgg.). *Fachserie 7: Außenhandel. Reihe 3: Außenhandel nach Ländern und Warengruppen (Spezialhandel).* Stuttgart.
- Tacis European Expertise Service (1998a). *Belarus Economic Trends. Monthly Update* (July).
- (1998b). *Belarus Economic Trends. Monthly Update* (verschiedene Ausgaben).
- Vedomosti Verhovnogo Soveta Respubliki Belarus'* (1997). Zakon Respubliki Belarus': „O vnesenii izmenenij i dopolnenij v zakon Respubliki Belarus' 'O prave sobstvennosti na zemlju'“. Nr. 36: 52–65.